

STUDENTEN

# Tausender gegen das Bummeln

Sollen Studiengebühren verboten werden, oder läßt sich damit das Studium beschleunigen? Der Streit geht quer durch die Parteien.

Der Wissenschaftsminister ist zufrieden. Rund 13 Millionen Mark hat Klaus von Trotha (CDU) zusätzlich eingenommen, weil an den Universitäten in Baden-Württemberg in diesem Wintersemester zum erstenmal eine Art Bummelantengebühr von Langzeitstudenten erhoben wird – 1000 Mark pro Semester.



gebühren im Hochschulrahmengesetz zu verbieten.

Für konservative Hochschulpolitiker hingegen ist die Gebühr das unabdingbare Eintrittsgeld in die studentische Leistungsgesellschaft. Und manche Pragmatiker, auch unter den Rot-Grünen, möchten wegen der Finanznot der Unis die Geldquelle nicht durch Verbot versiegen lassen.

Die Universitäten selbst sind mit Trothas Bummeltausender allerdings nicht gerade glücklich. Das Eintreiben der Gelder, so eine Sprecherin der Uni Stuttgart, bedeute „einen riesigen Verwaltungsaufwand“.

Das neue Bußgeldmodell, das es bisher nur in Baden-Württemberg gibt, stößt auch auf prinzipielle Einwände. Denn „der Vollzeitstudent“ – Leitbild für von Trothas Strafsteuer – „ist“, so die Stuttgarter Uni-Leitung, „schon lange eine Fiktion“. Deshalb seien, sagt Rektor Günter Pritschow, „verlässliche Aussagen“ über die tatsächlichen Studienzeiten kaum noch möglich.



Minister Bulmahn, Oppermann  
Vom Parteifreund blamiert

durchschnittlich 600 von insgesamt rund 1500 Mark, die Studenten monatlich zur Verfügung haben.

„Der Elternzuschuß“, sagt Hamburgs grüne Wissenschaftssenatorin Krista Sager, „ist ausgereizt.“ Zusätzliche Belastungen wie Studiengebühren könnten die Studenten nur über mehr Arbeit finanzieren und damit „steigen die Studienzeiten“ weiter.

Doch so einfach, wie es bei der rot-grünen Mehrheit in Bundestag und Bundesrat aussieht, ist ein Verbot von Studiengebühren nicht durchzusetzen. Baden-Württemberg will dagegen das Bundesverfassungsgericht anrufen – mit guten Erfolgsaussichten, wird im Bulmahn-Ministerium befürchtet. Die Ministerin möchte ihr Wahlversprechen deshalb inzwischen lieber per Staatsvertrag – abzuschließen von den Bundesländern – umsetzen.

Ausgerechnet ein Parteifreund aus ihrer niedersächsischen Heimat blamierte Bulmahn, die dort auch SPD-Landesvorsitzende ist. Wissenschaftsminister Thomas Oppermann kündigte vorvergangene Woche an, er sei gegen eine Absage an Studiengebühren, noch dazu ohne zeitliche Begrenzung.

Der Streit wird in den nächsten zwei Wochen das SPD-Präsidium beschäftigen. Schröder-Nachfolger Gerhard Glogowski hat mittlerweile aus Hannover signalisiert, er werde der Bonner Ministerin wohl doch entgegenkommen.

Dann könnte es mit dem Staatsvertrag klappen. Denn die Mehrheit der Länderminister ist – jedenfalls unter den jetzt geltenden Hochschulbedingungen – gegen Studiengebühren. Selbst Bayern, das sich sonst gern gegen Bonn stellt, lehnt sie ab. Und Baden-Württembergs Minister Trotha möchte zwar seine Langzeitgebühren retten, will aber die Studenten vorerst nicht weiter strapazieren.

In seinem Land wird inzwischen auch über Alternativen zur Studienbeschleunigung per Gebühr nachgedacht. Die Universität Stuttgart zum Beispiel möchte Studenten, die wegen ihrer Nebenjobs nicht genügend Zeit für die Uni haben, Teilzeitstudiengänge anbieten. Trotha mag sich allerdings mit der Idee so recht nicht anfreunden. Zwar will er den Universitäten zugestehen, in Einzelfällen Teilzeitstudiengänge einzurichten, aber, so der Christdemokrat, eine Universität „ist keine Einrichtung für Besucher“. KAREN ANDRESEN

Kohle für den Campus		
Studiengebühren an staatlichen Universitäten pro Jahr in Mark		
	<b>Belgien</b>	150 bis 1250
	<b>Dänemark</b>	keine
	<b>Deutschland</b>	keine
	<b>Frankreich</b>	200 bis 500 Verwaltungsgebühren
	<b>Großbritannien</b>	bis 2800
	<b>Italien</b>	600 bis 1500
	<b>Niederlande</b>	2550
	<b>Österreich</b>	keine
	<b>Schweden</b>	keine
	<b>Schweiz</b>	1100 bis 1700

Quelle: D. Dohmen/FIBS

Akademiker-Ausbildung\*: Fast drei Viertel aller Studenten haben einen Nebenjob

Noch ist unklar, wofür die Millionen ausgegeben werden sollen, aber daß es sich bei der Neuerung um „eine der erfolgreichsten Reformen im Bildungswesen überhaupt“ handelt, steht für Erfinder Trotha jetzt schon fest. Die Geldstrafe wird meist vom 14. Semester an kassiert. Der Stuttgarter Hochschulminister glaubt, damit bringe er die Studenten dazu, „ihr Studium von Anfang an klar zu strukturieren und zeitig mit Erfolg abzuschließen“.

Das Bußgeld, das als Einstieg in allgemeine Studiengebühren gilt, ist zu einem Prestige-Projekt geworden – seit in Bonn die rot-grüne Koalition regiert. Die Sozialdemokraten, allen voran Wissenschaftsministerin Edelgard Bulmahn, hatten vor den Wahlen versprochen, Studien-

An der Dauer des Studiums ist inzwischen wenig über Fleiß oder Faulheit der Studierenden abzulesen. Statt dessen sind die Studienzeiten Indiz für eine gewandelte soziale Realität an den Universitäten: Fast 70 Prozent aller Studenten arbeiten inzwischen regelmäßig neben ihrem Studium. Rund zwölf Stunden in der Woche widmet sich etwa in Hamburg ein Student seinem Nebenjob, hat das Deutsche Studentenwerk (DSW) gerade festgestellt. Im Vergleich zu 1991 sei der Zeitaufwand damit um mehr als 30 Prozent gestiegen.

Gleichzeitig können immer weniger Studenten auf ein staatliches Stipendium hoffen. Nach einer DSW-Erhebung erhalten bundesweit nur noch 17 Prozent aller Studierenden Bafög. Die Summe, die Eltern zum Studium ihrer Kinder beitragen, stagniert seit Jahren. In Hamburg sind es

\* Für Zahnmediziner in der Berliner Charité.